

Wöchentliche Omaha Tribune.
 Tribune Publishing Co. — Vol. 3. Peter Präsident.
 1311 Howard Straße, Omaha, Neb. Telephone Tyler 340.
 Preis des Tageblatts:
 Durch Träger, per Woche 10c. — Durch die Post, per Jahr \$3.00.
 Preis des Wochenblatts: \$1.50 das Jahr bei Vorausbezahlung.
 Entered as Second-class Matter June 10, 1909, at the Postoffice at Omaha, Nebraska, under the Act of Congress, March 3, 1879.
 Omaha, Neb., Donnerstag, den 21. Juni 1917.

Ungeheure Kriegskosten.

Eine schon erschienene Vergleichstabelle von J. Landau gibt ein anschauliches Bild von den ungeheuren Kriegsaufwendungen und Staatsschulden. Welch enorme Summen der Krieg verschlingt, kann an graphischen Darstellungen, per Tag, per Stunde, Minuten und Sekunden abgelesen werden: Per Tag 330 Millionen 586,854 Mark, per Stunde 13,774,452 Mark, per Minute 229,574 Mark, per Sekunde 3826 Mark. Die Schulden der kriegsführenden Staaten und die Kosten des Krieges ergeben folgende riesenhafte Zahlen (so weit sie bekannt):
 Deutschland: 68,2 Millionen Einwohner, Staatsschulden am Anfang des Krieges 4926 Millionen Mark (auf den Kopf der Bevölkerung 72 Mark), außerordentliche Kriegskredite 64,000 Millionen Mark (auf den Kopf der Bevölkerung 1009 Mark).
 Österreich-Ungarn: 53,17 Millionen Einwohner, Staatsschulden am Anfang des Krieges 11,012 Millionen Mark, per Kopf 207 Mark, Kriegskredite 22,525 Millionen Mark, Gesamtschulden 33,537 Millionen Mark, per Kopf 837 Mark.
 Türkei: 21,6 Millionen Einwohner, Staatsschulden bei Beginn des Krieges 3834 Millionen Mark, per Kopf 177 Mark, Kriegskredite 1412 Millionen Mark, Gesamtschulden 5246 Millionen Mark, per Kopf 242 Mark.
 Bulgarien: 4,6 Millionen Einwohner, Vorherige Schulden 458 Millionen Mark, per Kopf 187 Mark, Kriegskredite 500 Millionen Mark, Gesamtschulden 1358 Millionen Mark, per Kopf 296 Mark.
 Russland: 140,7 Millionen Einwohner, Vorherige Schulden 21,359 Millionen (152), Kriegskredite 44,857 Millionen, Gesamtschulden 66,216 Millionen (472).
 Frankreich: 39,8 Millionen Einwohner, Vorherige Schulden 26,290 Millionen (659), Kriegskredite 51,056 Millionen, Gesamtschulden 77,346 Millionen Mark (1942).
 England: 46,697 Millionen Einwohner, Vorherige Schulden 14,423 Millionen Mark (309), Kriegskredite 78,580 Millionen Mark, Gesamtschulden 93,003 Millionen Mark (1992).
 Italien: 35,4 Millionen Einwohner, Vorherige Schulden 14,423 Millionen Mark (358), Kriegskredite 16,000 Mark, Gesamtschulden 28,669 Millionen Mark (810).
 Rumänien: 7,4 Millionen Einwohner, hat 20,12 Millionen Mark Gesamtschulden (271). Total der Kriegsschulden 279,859 Millionen Mark (inkl. Serbien und Portugal 281,219 Mill.).
 Deutschland (deutsche Reichsbank) hat Ende 1916 den höchsten Goldbestand.
 Die gesamten Kosten des Krieges sind aber durch die Ausgaben der Schatzkammer der kriegsführenden Staaten allein lange nicht erschöpft. Zu diesen müssen noch die Aufwendungen der neutralen Staaten, die Kriegsausgaben der Gemeinden, die verloren gegangen, unberechenbare Werte, die durch Ausfall eines großen Teils der Produktion in dieser langen Zeit durch Vernichtung der vielen Schiffe und deren Ladungen, wie auch des Kriegsmaterials aus der Zeit vor dem Kriege, die Verwüstungen, die auf den Kriegsschauplätzen entstanden sind; ferner die geleistete freiwillige Hilfe und Unterhaltungen an Krieger und Zivilbevölkerung hinzugerechnet werden.

Ein Kriegsziel angedeutet.

„Professor William R. Sheppard sagt an, daß wir nach Beendigung des Krieges unsere Rechnung vorlegen sollen, und wir werden es wahrscheinlich auch tun.“ John Bull und Marianna, an Dr. Oskel Sam, für geleistete Dienste.“ Unter dieser Überschrift werden dann die Namen der England und Frankreich gehörenden karibischen Inseln stehen. Wir sollten lieber die Riffe ein wenig erweitern. Wir sollten nicht nur Guadeloupe, Martinique, Mariegal, von Frankreich, und Jamaica, Trinidad, Bermuda, Dominica, Barbados, Grenada und St. Lucia von England fordern; wir sollten auch die Bahamas-Inseln verlangen. Wir sollten das karibische Meer zu einem amerikanischen Meer machen. Wir sollten selbst die Junginseln dazu bringen. Wir sollten das tun, um den Panamakanal zu beschützen. Der Handel spielt dabei keine große Rolle. Der Hauptpunkt ist der, daß wir den Kanal schützen. Wenn England im karibischen Meer Stationen errichtet, so soll es sie haben, vorausgesetzt, daß es mit uns ein Plattenhindernis schließt.
 Nationen stehen in den Krieg unter schönen, unheimlichen Erklärungen. Sie heben hartfällige und mit materialistischen Wünschen aus ihm zurück. Wir sind wie die anderen Nationen. Das ist recht so. So wird uns unserer Kriegsziele die Amerikanisierung des karibischen Meeres und seiner Zugänge sein, um dadurch den Panamakanal zu schützen. Wir sind jetzt im Besitz von Porto Rico, Karibik, bester wir Cuba, Haiti und San Domingo. Dänisch-Weindien haben wir fälschlich erworben. Alle jene französischen und englischen Inseln sollten an uns als Äquivalent für geleistete Dienste abgetreten werden. Das wäre eine große Redemund. Wie solche Geschäfte geregelt werden, ist es außerordentlich billig. Frankreich verlangt Saboya, weil es verloren hatte, Italien zu betreiben, Frankreich erhielt es, obgleich in Saboya der Begräbnisplatz der italienischen Königsfamilie gelegen war.“

Perthings Mission.

Amerika's hernorrathender Feldherr, General Pershing, dem man den Rufnamen „Mad Jack“, beilegt hat, um seinen Löwenmut in das Licht der Popularität zu stellen, wird wohl auf dem großen Kriegstheater in Frankreich und Belgien genau umhauen, um sich klar zu werden über die Stärke des Feindes und die Schwächen auf Seiten der Verbündeten, zu deren Stärkung Amerika einen großen Teil seiner Jugendkraft über's Meer senden soll. Höchstwahrscheinlich wird General Pershing einen geheimen Bericht an unser Kriegsministerium senden über das Resultat seiner Forschungen, der Wahrheiten enthalten wird, die am Ende nicht dazu angetan sind, die Wunderlust von Jungamerika über das Belagerer nach den blutigen Gefechten Frankreich's zu stillen. Seine Mission muß jedenfalls als eine weise Handlung bezeichnet werden. Sie mag am Ende dazu beitragen, einen schwierigen Frieden herbeizuführen. Eine Vorklärung der Sachlage von kompetenter Seite mag am Ende dazu beitragen, überflüssige Gemüter zur Besinnung zu bringen und die unbegreiflichen Eitelkeiten zu bewegen, von hohen Herabzusetzen und sich zu friedlichen Vereinbarungen herabzulassen.
 Wenn es ihm gelingen sollte, durch seine Mission das große Rätselgewebe zu zerreißen, das als Schleier der Verblendung dem amerikanischen Volk von London aus vors Gesicht gehalten wird, würde er sich einen Feldherrnruf erringen, der von keiner Großtat auf blutigen Schlachtfeld übertrifft würde. Einige kräftige Federstriche von ihm dürften die gekrümmten Schwerter in die Scheiden zurückdrängen. Wer weiß, was uns seine Mission offenbaren wird? (Peoria Sonne.)

Lebensversicherung für amerikanische Soldaten.

Der Beschluß der Regierung, daß jeder Soldat kostenlos eine für die Dauer des Krieges gültige Lebensversicherung von \$4000 erhalten soll, verdient, wie praktisch wie vom ethischen Standpunkt aus, rückhaltlose Anerkennung. Vom praktischen aus nach zwei Richtungen hin — zunächst wird die Verletzlichkeit wesentlich erleichtert, wenn der Wehrfähige weiß, daß im Falle seines Todes für die Hinterbliebenen gesorgt ist, nicht durch die Pension, die tropfenweise dem Ruheständler zufließt, außerdem auch in den allerersten Fällen genügt, die Not von der Tür zu halten, indem auch die Auszahlung eines Kapitals, dessen Zinsen allein größer sind als die meisten Pensionen, abgesehen davon, daß mit \$4000 ein unbeschwertes eine geschäftliche Bekämpfung ermöglicht wird, an die mit einer bescheidenen Pension nicht zu denken wäre. Aber auch das Land gewinnt durch neuen Zulauf; die Kosten einmaliger Aufnahme reichen nicht an, und an die des jetzigen Pensionensystems, das seit über fünfzig Jahren unumkehrbar jährlich vermindert, ohne daß verhältnismäßig ein Ende abzusehen ist, eine irgenzweiliche volkswirtschaftlichen Augen, wie in die Aus-

zahlung größerer Kapitalien ganz von selbst mit sich bringt. Und diese volkswirtschaftlichen Vorteile, die sich daraus ergeben, daß das Geld in den meisten Fällen sofort angelegt wird — in industriellen oder landwirtschaftlichen Betrieben — kommen nicht erst einem späteren Geschlecht zugute, sondern machen sich sofort geltend und tragen auf die Weise dazu bei, die durch den Krieg entstandenen Verluste zu erleichtern.
 Das ist die praktische Seite, neben der jedoch die Bedeutung der ethischen kommt minder wichtig ist. Die Tatsache, daß der Staat rückhaltlos seine moralische Verpflichtung denjenigen gegenüber anerkennt, die für ihr das Leben aufs Spiel setzen, wird dem Volk die schwere Bürde des Krieges weniger fühlbar machen, indem es daraus erkennt, daß die Forderung der Regierung sich nicht auf das Ausland beschränkt, sondern auch das Wohl der eigenen Nation im Auge hat. (Weisl. Post.)

„Die Kriegsbotschaft und die Tatsachen hinter ihr.“

England — wenigstens das antike England — billigt und unterschreibt in vollem Umfange die Erklärung der Kriegsziele der amerikanischen Regierung, die Präsident Wilson der russischen Regierung gab. Es versteht diese Kriegsziele, weiß worauf sie liegen, Endes hinauslaufen und freut sich über.
 Vom amerikanischen Volke wird man das nicht behaupten können. So es wird offen gesagt, daß die Massen des amerikanischen Volkes sie nicht recht verstehen und sich nicht für den Krieg begeistern ließen. Es wird mittelbar zugestanden, daß sie die Notwendigkeit oder Notwendigkeit des Krieges nicht erkennen.
 Dies geschieht, offensichtlich sehr widerwillig, in den Zeitungsartikeln und in dem als ein solches mittelbares Eingeständnis muß die Veröffentlichung eines Dokumentes betitelt, „Die Kriegsbotschaft und die Tatsachen hinter ihr“, gelten. Dem neue, bisher unbekannt Tatsachen werden durch dieses Dokument nicht enthüllt, hingegen wird der Versuch gemacht, die Lage so zu schildern, als sei der Krieg im eigenen Interesse eine Notwendigkeit für Amerika; als sei er ein Akt der Notwehr; als stünde die große Republik vor der Frage, „Sein oder Nichtsein“ und könne ihre Zukunft nur gesichert werden durch den Krieg. Die Tatsache, daß bislang gelangt worden war, Amerika verhalte in diesem Kriege keinerlei selbstische Interessen, Amerika wolle nur für die Demokratie und die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der bedrohten europäischen Völker kämpfen, berechtigt zu der Annahme, daß Washington das Ungenügen dieser Kriegsbeurteilung, dem Volke gegenüber, erkannte und die Erklärung, „Die Kriegsbotschaft und die Tatsachen hinter ihr“, erließ, in der Hoffnung, durch sie die soweit mangelnde Kriegsbegeisterung zu entzünden.
 In diesem Dokument wird zwar wieder auf die Schädigungen hingewiesen, die amerikanischen Interessen und Neutralen durch die deutsche Kriegführung wurden, das Hauptgewicht wird aber auf die Gefahr gelegt, die den Ver. Staaten drohe, für den Fall, daß Deutschland im Kriege gegen England und Frankreich siegreich bleiben sollte, was als „sehr gut möglich“ bezeichnet wird. „Offensichtlich“, heißt es da, „wird, sofern wir nicht Munition, Truppen, Landbootsfahrer, usw., nach England, Frankreich und die Inseln auch ins Ausland schicken, der Krieg für uns wenig mehr bedeuten als Schimpfen über den Ozean hinweg — bis der europäische Krieg beendet ist und da n n kann Deutschland, wenn es ein Pfund Kraft übrig hat, und es mag sehr gut siegreich bleiben, an uns all seinen Haß und seine Wut auslassen und von uns die Entschädigungen erzwingen, die es von einem bankrotten Europa nicht erlangen kann. Ein verpreußtes Deutschland triumphierend in Europa und vorberühmend auf dem Meere, würde seine Gelegenheit sehen, das vereinsamte Amerika niederzuschlagen und uns zu einem überreichen Vorkriegsstaat eines neuen römischen Reiches zu machen.“
 Es will undenkbar scheinen, daß man Solches wirklich glauben und für möglich halten kann, denn wenn Deutschland auch „über Nacht“ einen vollständigen Sieg über seine europäischen Feinde erringen und „ein Pfund“ oder auch tausend Pfund Macht behalten sollte, so müßte es doch völlig machtlos sein, wollte es dann die große Republik angreifen, die heute unüberwindlich viel stärker ist als sie je war, und viel stärker als irgend einer der europäischen Feinde Deutschlands bei Kriegsausbruch.
 Uebermaßmäßig folglos, müßte die deutsche Regierung sein, wenn sie Amerika über den Ozean hinweg angreifen wollte, nachdem die ungeheuren Schwierigkeiten überseerischer Kriegführung in dem europäischen Krieg so übergenügt dargelegt wurden und das deutsche Volk so heiß den Krieg herbeisehnt, gute Beziehungen zu Amerika nach Friedensschluß aus wirtschaftlichen und anderen Gründen so sehr nötig hat.
 Es will als unmöglich erscheinen, daß Washington nach Beendigung des europäischen Krieges einen Angriff oder irgendwelche feindliche Handlungen seitens Deutschlands nicht befürchten können, und unmöglich, daß es sollte gelingen können, auch nur einen vernünftigen Bürger durch solche Gespensternarrative bange zu machen und für den Vorbeugungskrieg zu begeistern; inbeziehung — heutzutage muß Alles für möglich gelten: hätte man doch noch vor drei Jahren den ganzen europäischen Krieg und noch vor sechs Monaten, unmittelbar nachdem Präsident Wilson wiedergewählt worden war, weil er „aus dem Kriege herauszieht“, wieder Eintritt in denselben für schlechterdings unmöglich gehalten. Da es schon, und zwar am licherer, behauptet wurde, Deutschland werde, wenn es nicht mit Hilfe Amerikas oder durch amerikanische Kraft zu Boden gezwungen wird, einen Angriffskrieg gegen Amerika führen, muß damit gerechnet werden, wird auch Deutschland nicht rechnen müssen, so l t e n die deutsche Regierung und der deutsche Reichstag Gelegenheit nehmen, über diese Frage eine klare, knappe und bindende Erklärung abzugeben.
 Das wird geschehen müssen, wenn nicht die beiden großen und einst so befreundeten Völker in einen taubstimmigen Krieg bis aufs Messer eingezogen werden sollen, Deutschland wird nicht etwa sagen dürfen: „Das ist zu dünn, es verdient keine Antwort.“ Stillschweigen gilt auch als Antwort, und zwar als zustimmende, und es ist deutscherseits Vieles gesagt worden, was zu sagen nicht nötig war und besser ungefragt geblieben wäre; es ist so Mandates gesagt worden, was sich mit einigen „guten Willen“ und Geständnis als Beweis für die Richtigkeit jener Behauptung deuten und hinstellen läßt.
 Die Regierung in Washington sollte der deutschen Regierung durch die Vertretung der Schweiz eine Kopie ihres Dokumentes „Die Kriegsbotschaft und die Tatsachen hinter ihr“ zugehen lassen. Dann darf sie eine Antwort erwarten. Dann werden wir erfahren, woran wir sind. Und das amerikanische Volk hat das Recht, das zu erfahren, zuverlässige Information über diesen Punkt zu fordern. —

Das Kriegsmüde Kanada.

Die Versuche der kanadischen Regierung, den Widerstand der Bevölkerung gegen die geplante Einführung des Zwangsdenkens durch Bildung eines Koalitionsministeriums zu überwinden, sind gescheitert. Sir Wilfrid Laurier hat es abgelehnt, sich an der Bildung eines solchen Ministeriums zu beteiligen. Laurier ist gegen Konstitution und würde zu ihrer Einführung nur dann seine Zustimmung geben, wenn das Volk sich dafür erklärt. Aber darauf ist nicht zu rechnen. Der Krieg ist nun auch für Kanada bald drei Jahre alt, und für Kanada ist das eine schwere Zeit gewesen. Das Land hat noch nicht acht Millionen Einwohner. Darum hat es 400,000 Fremdwirte für den Krieg verfügbar gemacht. Wenn man das starke Bedürfnis des Landes an Arbeitskräften in Betracht zieht und wenn man ferner in Betracht zieht, daß Kanada eigentlich wenig Bevölkerung hatte, sich in dieser Weise für das Mutterland zu opfern, dann ist das bezeichnend mehr als England geleistet hat.
 Der Krieg ist auch für die Kanadier ein grauenerregender Lehrgang gewesen. Als die ersten Truppenenteile ausgingen, tat man, als gäbe es zum Fremdenhassen. Den Ausziehenden versprochen man baldige Rückkehr, der Dankschreiben ein halbes Siegesfest. Allein diesen ersten Truppenenteilen folgten andere. Aus den Tausenden, die über's Meer gegen wurden, zehntausende; Sonderaufstände schließlich, und noch immer ist England nicht zurückgeblieben. Deshalb will es Konstitution eingeführt haben, und in dem Premierminister Vorden hat es ein williges Werkzeug für die Ausführung dieses neuen Anschlag auf die kanadische Jugend gefunden.
 Die Bevölkerung von Quebec hat zuerst den Widerstand gegen die Pläne Vordens organisiert. Sie hat noch andere Beschwerden gegen die Regierung in Ottawa. Auch Beschwerden gegen die Bevölkerung der englischen Sprachgebiete. Diese Kanadier französischer Abstammung kämpfen für ihre Mutterprache und für ihre Religion, die beide von den obigen Individualisten verdrängten englischen Presbyterianern und Episcopalen bedroht werden. Aber dieser Kampf tritt zurück gegen den Kampf um Weidensleben, gegen den Kampf, der die drohende Konstitution von dem Lande abenden will.

Die Prophezeiung von Wismar!

(Auf vielfachen Wunsch unserer Leser bringen wir die berühmte Prophezeiung von Wismar über den Verlauf des Weltkrieges nochmals zum Ausdruck. Selten hat eine Sache solch richtiges Aufsehen erregt, wie diese Prophezeiung; alle nach vorhandenen Zeitungen, die dieselbe enthielten, sind vergriffen, weshalb wir uns entschlossen, dieselbe nochmals abzurufen. Die Redaktion.)
 Mein Niederlegen einer Mauer im Kloster von St. Geist zu Wismar in Mecklenburg, wurde in einer Bibel ein Pergament mit einer prophetischen Inschrift gefunden. Das Pergament befindet sich jetzt im Rathaus zu Wismar unter Glas und Rahmen. Die im Jahre 1701 von einem stehenden Klosterbruder geschriebene Aufschrift lautet, wie man dem „Grenz“, aus seinem Referat mitteilt, wie folgt:
 „Herr erbarne dich deines Volkes, welches sich immer mehr von dir abwendet. Es gerührt deine Klöster, vernichtet deine hl. Orden. Es eignet sich die Kraft an und macht sie diesen Jorden dienstbar. Europa wird zu einer Zeit, da der päpstliche Stuhl leer ist, von furchterlichen Jüchtigungen beimgesucht. Vögel, Verleumdungen, Gefährlichkeit wird ein kleines Säuschen aufweisen. Die Vögel werden mit ihren Fittichen ihr Recht schreien und mit ihren Krallen werden sie es verteidigen. Ein Järl aus der Mitte, der sein Hof von der verkehrten Seite befestigt, wird von einem Haß von Feinden umringt sein. Des Nordens Wählpruch lautet: „Mit Gott vorwärts.“ Die Allmacht Gottes wird diesen befehlen und ihn von Sieg zu Sieg führen. Es wird ein großes Ringen stattfinden von Ost und West und wird viele Menschen vernichten. Die Bogen werden ohne Kasse dahinjahren, fer-

Ohne Gunst und ohne Haß.

Auf den vielen Tausenden von ärthlichen Kommissionen, welche die Gewinne um Verteilung von der Dienstpflicht zu untersuchen und über Vollziehung oder Nichtvollziehung zu entscheiden haben werden, ruht eine schwere, eine furchtbar ernste Verantwortlichkeit. Sie haben in die Zeit unzuheilen, was andere versprochen haben.
 Als der Kongreß sich zum Grundriss der zwangsweisen Aushebung, der allgemeinen Dienstpflicht bekannte, als Präsident Wilson die diesbezügliche Vorlage unterzeichnete, da gab es ein zwar wertvolles, aber beschränkter unbedingtes bindendes und nicht zu missdeutendes Versprechen, daß auch vor diesem Gesetze alle gleich sein würden, der Reiche und der Arme, der Mann mit politischem Einflusse und der Mann ohne ihn, der Weiße, der Indianer und der Neger. Die Mitglieder dieser Dienstverpflichtungskommissionen seien sozusagen als Richter über die Wahrsamkeit ihrer Mitbürger, und wenn jemals das Wort von der Gerechtigkeit, die blind liegt muß, am Plage war, so ist es in diesem Falle.
 Die Zustände und Verhältnisse, wie sie in verschiedenen Teilen des Landes in den Jahren des Bürgerkrieges sich ereigneten und den Konstitutionsgedanken in solchen Beruf brachten, dürfen sich in diesem Krieg nicht wiederholen. Die Mitglieder der Kommissionen dürfen keine politische, geschäftliche oder persönliche Freundschaft oder Feindschaft kennen, dürfen sich in ihrem Urteile nicht durch Klassen- oder Klassengefühle beeinflussen lassen, dürfen sich nicht kriechend vor Reichtum oder angelegener Stellung beugen, aber auch nicht in über angebrachten Witzempfinden für den wirtschaftlichen Schwachen ungebührlich begünstigen.
 Ohne Gunst und ohne Haß müssen die Dienstverpflichtungskommissionen ihres schwierigen Vertrauensamtes walten. Es darf ihnen nicht genügen, daß sie in der großen Mehrzahl der ihrer Beurteilung und Entscheidung unterbreiteten Fälle nach ihrem besten Wissen und Gewissen ihre Pflicht tun und nur in einigen wenigen, besonders berücksichtigungswürdigen Fällen, die über ihren Augen liegende Binde gelüftet haben. Das Gesetz, das sie geschaffen hat, schreibt ihnen ihre Aufgabe genau umrissen vor; diese Aufgabe haben sie ausnahmslos in allen Fällen zu erfüllen, wenn sie ihrer Pflicht gerecht werden wollen. Von ihnen und von ihnen allein wird es abhängen, ob die diesmalige Zwangsaushebung von dem Stigma der Parteilichkeit und Einseitigkeit begleitet sein wird oder nicht.

Bestrafung der Drückeberger.

Ein südafrikanischer Abgeordneter in Washington hat vorgeschlagen, daß diejenigen, welche sich der Registrierung entzogen haben, dadurch bestraft werden sollen, daß ihnen während der Dauer des Krieges durch einen Kongreßbeschluss das Wahlrecht entzogen werde. Der gute Mann hat diesen Vorschlag in vollem Ernste gemacht und aus jedenfalls sehr lebenswerten patriotischen Motiven; aber es geht ihm wie es so manchem anderen wohlmeinenden Gesetzgeber gegangen ist und gehen wird: in seinem gutgemeinten Eifer schließt er weit über das Ziel hinaus.
 Der Vorschlag ist ganz einfach rechtlich durchführbar. Der Kongreß als einer der drei Zweige der Bundesregierung kann seinen Einfluß selbstverständlich nur in Bundesangelegenheiten zur Geltung bringen; er könnte also höchstens durch einen Beschluss, der oberdem noch die Zustimmung des Präsidenten haben muß, nur das Bundeswahlrecht einschränken oder entziehen, nicht aber das Recht, an staatlichen, städtischen, County- und Townshipwahlen sich zu beteiligen. Da aber die nächsten Bundeswahlen nicht vor November 1918 stattfinden werden, bis zu welchem Zeitpunkt der Krieg offensichtlich längst beendet sein wird, so würde die Entziehung dieses Wahlrechts für die Drückeberger nur eine recht illusorische Maßregel sein.
 Aber selbst davon ganz abgesehen, ist nicht gut einzusehen, wie einem Bürger durch einen bloßen Kongreßbeschluss ein Recht entzogen werden kann, das ihm in der Verfassung gewährt ist. Es heißt in derselben ausdrücklich, daß das Recht, die Mitglieder des Repräsentantenhauses zu wählen, an dieselben Bedingungen geknüpft sein soll wie das Recht, die Mitglieder des Unterhauses der Staatslegislatur zu wählen. Als vor einigen Jahren direkte Wahl der Bundesbeamten durch das Volk zum ersten Male wurde, wurde auch betreffs ihrer die oben erwähnte Bestimmung der Verfassung beigelegt, welche das Wahlrecht für die nationale Volksvertretung von den für Staatswahlen festgesetzten Qualifikationen abhängig macht.
 So lange also nicht die Wahlgesetze der einzelnen Bundesstaaten eine Änderung in dem Sinne des Vorschlages erfahren, den der Abgeordnete aus den Südafrikanern gemacht hat, ist an eine Durchführung des Vorschlages nicht zu denken. Und die Vorgänge der letzten Jahre haben gezeigt, daß der Gedanke, die Staatsrechte im Gegensatz zu den Rechten des Bundes fest zu behaupten und womöglich noch zu kräftigen, eher an Boden gewonnen, als verloren hat, daß also die Staaten kaum etwas beschließen würden, was Zentralisierungsbestrebungen fördern könnte.

„Mehr Schiffe“ ist das Feldgeschrei!

Northcliffe als Berater; Amerikas Schiffproduktion gibt den Ausschlag im Kriege.
 Washington, 16. Juni. — Lord Northcliffe wird, wie von einer Personlichkeit in Erfahrung gebracht wurde, die mit den Vertretern europäischer Mächte in enger Verbindung steht, den größten Teil seiner Tätigkeit darauf verwenden, die Wiederholung des Fehlers Großbritanniens bei Gallipoli durch die amerikanischen Militärbehörden zu verhindern, nämlich die Entsendung einer Armee nach Frankreich, so lange nicht genügend Schiffe vorhanden sind, diese Armee zu versorgen.
 Lord George ließ spionieren.
 Wie hier bekannt ist, hat Premierminister David Lloyd George hier seit Monaten einen Agenten an der Arbeit, mit der Intuition, auch unter der Oberfläche nachzuforschen, bei den Chefs der Departements Erkundigungen einzuholen und aus erster Hand in Erfahrung zu bringen, was Amerika tut, was es unterläßt, und was es nicht tun sollte. Er hat besonders sein Augenmerk auf die Möglichkeit der Wiederholung der Fehler gerichtet, die Großbritannien so teuer zu stehen kamen. Die Berichte dieses Agenten, besonders diejenigen, die sich auf die Verzögerung des Schiffbauprogramms und der Nahrungsmittel-Versorgung bezogen, wären derartiger Natur, daß entschieden wurde, Lord Northcliffe so schnell wie möglich nach Amerika zu entsenden.
 Schiffbauprogramm die größte Sorge.
 Das Schiffbauprogramm ist zweifellos eine der größten und schwierigsten Fragen, denen sich heute Amerika gegenüber sieht. Niemand in Regierungskreisen magt sich darüber mehr Sorgen als der Nahrungsmittelproduzent Herbert C. Hoover. Die Fähigkeit Amerikas, Schiffe zu liefern, beeinflusst den Lebensnerv der Lebensmittellieferung und Kontrolle. Es kann nicht direkt gesagt werden, daß diese beiden Probleme in eins zusammenhängen, denn alle Veranlassungen für die diesjährige Ernte würden zum Teil vergebens sein, falls es nicht möglich sein würde, den Alliierten aus Amerika die Lebensmittel auch zuzuführen.
 Hoover ist der Ansicht, wie aus vertraulicher Quelle gemeldet wird, daß die Anzahl der Schiffe, die Amerika in den nächsten sechs oder acht Monaten zu bauen imstande ist, den entscheidenden Ausschlag im Kriege geben werden. Großbritannien hat es immer und beständig wiederholt, daß Schiffe und normalerweise Schiffe das aherunwendigste sind. In nächsten Jahre mögen die Schiffe bereits zu spät kommen und Hoover ist davon überzeugt, daß nichts mehr leichter zu einer Katastrophe führen könnte, als die weitverbreitete Annahme, daß der U-Bootkrieg wirkungslos geworden oder auch nur erfolgreich bekämpft worden ist. Diese Tatsachen wurden Herrn Hoover nahegelegt, als er in London weilte. Die erste Hilfe, so sagte man in London, die von Amerika erwartet wird, ist eine Erhöhung des verfügbaren Schiffsraums. „W“ andere, ein Expeditionskorps, Munition, ja sogar Nahrungsmittel und die Bekämpfung der U-Boote stehen weit hinter dem dringenden Bedürfnis zurück und können erst in zweiter Linie, auch andere Alliierte brauchen Tonnage.
 Man erwartet, daß Lord Northcliffe diese Vorstellungen persönlich und mit Nachdruck der hiesigen Regierung unterbreiten wird. Den britischen Beamten, welche beständig auf die Notwendigkeit des Baues von mehr Schiffen als erste und dringendste Notwendigkeit bestanden, schließt sich der Vizepräsident der Bundes-Schiffskommission, Theodore Brent, an. Kurz vor seiner Kontroverse mit General Gourals betriebs des Baues der jüngeren Flotte, wird fakturierte Brent die Entsendung eines Arbeitsheeres von 500,000 Mann nach Frankreich, das die Bahnen hinter den französischen Linien wieder aufbauen sollte. Ramsoll erklärte er, daß Amerika mit all der ihm zur Verfügung stehenden und noch im Bau befindlichen oder geplanten Tonnage nicht imstande sein würde, dieses Heer zu unterhalten, falls die Ansprüche in Betracht gezogen würden, die von anderen Seiten an untere Handelsflotte gestellt werden würden. Jedenfalls ist es absolut unmöglich, eine Million Truppen nach Frankreich zu senden und dieselben zu versorgen. Die Größe des Expeditionskorps müßte im Verhältnis zu der Anzahl von Schiffen stehen, denen die Aufgabe obliegt, diesen Soldaten Lebensmittel und Munition zuzuführen.

Garant für Beständigkeit von
Gebrauchten Motoren
 Victor S. Ross
 „The Old Man“
 2191 G. 2701-03 Westmoreland
 St. Omaha, Neb.